

# Bau- und Planungsausschuss

## Protokoll Nr. BPA/07/2011

über die öffentliche Sitzung  
des Bau- und Planungsausschusses am 04.05.2011,  
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr  
Ende der Sitzung : 20:25 Uhr

### **Anwesend**

#### **Vorsitz**

Herr Jörg Hansen

#### **Stadtverordnete**

Herr Werner Bandick

Frau Carola Behr

Herr Thomas Bellizzi

beratendes Mitglied

Herr Uwe Grassau

Herr Rolf Griesenberg

Herr Rafael Haase

Frau Anna-Margarete Hengstler

Frau Monja Löwer

#### **Bürgerliche Mitglieder**

Herr Heino Wriggers

#### **Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder**

Herr Jan Klöppelt

Kinder- und Jugendbeirat; bis  
20:26 Uhr

Herr Wolfgang König

Herr Siegfried Lorenz

Seniorenbeirat; bis 20:26 Uhr

Herr Jürgen Plage

Seniorenbeirat; bis 20:26 Uhr

#### **Sonstige, Gäste**

Herr Matthias Bernhard

S-Erschließungsgesellschaft Hol-  
stein

Herr Volker Schulz-Meistering

Architektenbüro VSM

#### **Verwaltung**

Herr Michael Sarach

Frau Angelika Andres

Frau Stefanie Mellinger

Herr Ulrich Kewersun

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06/2011 vom 06.04.2011
4. Rahmenplan Stadteingang West **2010/108**  
- Beschluss über den Rahmenplan
5. Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 93 Ohlendamm, Flurstücke 294 bis 299, 301 und 548 bis 549 **2011/035**  
- Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 93 und  
- Aufstellungsbeschluss für die 42. Änderung des Flächennutzungsplanes
6. Erhaltungs- und Gestaltungssatzung
7. Antrag des Seniorenbeirates zur Beschlussvorlage "Das Älter werden gestalten" AN/026/2011
8. Planung eines Kinos auf der P + R-Anlage "Alter Lokschuppen"
9. Kenntnisnahmen
  - 9.1 Fahrgastzählung auf Stadtbuslinien
  - 9.2 Bypass Hamburger Straße/Manfred-Samusch-Straße
  - 9.3 Konzeption in der Klaus-Groth-Straße  
- Vergabe der öffentlichen Flächen im Rahmen der Sondernutzung -
  - 9.4 Überprüfung der Bäume am Peter-Rantzau-Haus (Shoefiti)
  - 9.5 Beteiligungsverfahren am 3. Regionalen Nahverkehrsplan des Kreises Stormarn 2011 bis 2015
  - 9.6 Leitungsbau 2011 in Ahrensburger Straßen
10. Verschiedenes
  - 10.1 Bauprojekt Hamburger Str. 25 - 27
  - 10.2 Baumaßnahme Parkallee 67
  - 10.3 Neubau Peter-Rantzau-Haus

- 10.4 Unterhaltung des Auewanderweges
- 10.5 Abgrenzung und Baumpflanzung entlang der Bahnstrecke Hamburg - Lübeck
- 10.6 Radweg entlang des Ostringes außerhalb der Ortsdurchfahrt
- 10.7 Sondernutzung des CCA in der Großen Straße
- 10.8 Nutzung der östlichen Erschließungsstraße zum Bahnhof Gartenholz
- 10.9 Wappen der Partnerstädte beim Ausbau Klaus-Groth-Straße
- 10.10 Begrünung des Parkhauses Alte Meierei
- 10.11 Umsetzung der Einzelmaßnahmen für das Radverkehrskonzept

## 1. Festsetzung der Tagesordnung

Man kommt überein, die in der Einladung vom 20.04.2011 vorgeschlagene Tagesordnung wie folgt anzupassen:

- Der TOP 4 mit der Vorlagen-Nr. 2010/108 zum „Rahmenplan Stadteingang West“ wird ergänzt um den bereits verteilten Antrag AN/027/2011 der CDU-Fraktion vom 05.04.2011.
- Der unter TOP 7 aufgeführte Antrag des Seniorenbeirates sollte von diesem erläutert werden; eine Vorlage mit einer konzeptionellen Stellungnahme zu diesem umfassenden Thema kann aber frühestens nach der Sommerpause 2011 erarbeitet werden.
- Der TOP 8 mit dem angedachten Kinostandort wird ersatzlos gestrichen und von der Tagesordnung abgesetzt.
- Der TOP 11 über die Entwicklung des Areals „Lindenhof“ könnte mit dem dazugehörigen Antrag AN/020/2011 der SPD-Fraktion vom 16.03.2011- wie bereits in der BPA-Sitzung am 16.03.2011 verfahren - auch öffentlich beraten werden. Im Laufe der Beratung kommt der BPA jedoch überein, diesen TOP insgesamt - also auch den öffentlich gestellten Antrag zur nicht öffentlichen Vorlage – dieses Mal unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.
- Im nicht öffentlichen Sitzungsteil kann der TOP 12 entfallen, da keine Einzelbauvorhaben vorgestellt werden müssen; im Gegenzuge sollte die Tagesordnung um folgende Angelegenheiten ergänzt werden:
  - 12. Anhörung eines Sachverständigen zur städtebaulichen Entwicklung
  - 13. Grundstücksangelegenheit
  - 14. Gewerbeangelegenheiten

Es wird empfohlen, die Tagesordnungspunkte 11 und 14 in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern. Ohne Aussprache wird anschließend über den entsprechenden Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit abgestimmt. Der Bau- und Planungsausschuss stimmt mit der gemäß § 46 Abs. 8 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zu.

Ansonsten gibt es keine Änderungswünsche zu der in der Einladung vom 20.04.2011 vorgeschlagenen Tagesordnung.

## 2. Einwohnerfragestunde

**Ein Anlieger** der Straße An der Schloßgärtnerei bezieht sich auf das Bauvorhaben beidseits der Erschließungstrasse Am Marstall. Auf seine Nachfrage hin erläutert die Verwaltung, dass der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 55 a hier 2 Baufelder für größere Mehrfamilienhäuser vorsieht und der Grundeigentümer nunmehr dieses Baurecht wahrnimmt. Die Verwaltung bietet an, den B-Plan Nr. 55 a mit seinen Festsetzungen dem Einwohner nach telefonischer Terminabsprache zu erläutern.

**Frau Adamschewski** vom BUND stört sich an der Formulierung auf Seite 2 der Vorlagen-Nr. 2010/108, wonach im Zuge des Rahmenplanes Stadteingang West eine „bessere Erreichbarkeit und Nutzbarkeit der Naherholungsgebiete“ erreicht werden soll. Nachdem hierzu verdeutlicht worden ist, dass der Rahmenplan eine formlose Vorplanung darstellt, wird betont, dass dieses Ziel in den hieraus wachsenden Bauleitplanverfahren noch näher konkretisiert und abgestimmt werden muss.

**Herr Mächler** bezieht sich auf den schleppenden Baufortschritt beim Projekt der Seniorenresidenz auf dem Grundstück Hamburger Str. 18 und 20 vor dem Hintergrund der befristeten Sondernutzungserlaubnis. Hierzu berichtet die Verwaltung, dass hier bisher weder Bauverzögerungen noch Hintergrundinformationen zum Bauvorhaben bekannt sind.

Es werden keine weiteren Einwohnerfragen gestellt.

## 3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06/2011 vom 06.04.2011

Der Meinungs austausch bezieht sich auf die unter den Tagesordnungspunkten 4 und 5, B-Pläne Nr. 91, Teilgebiet A und B „Hansdorfer Straße“ gefassten Beschlüssen und hier insbesondere den mehrheitlich gefassten Änderungsantrag, der auf der handschriftlichen Seite 10 des Protokolls bzw. der zweiten Protokollseite dieser Tagesordnungspunkte im viertletzten Absatz wie folgt festgehalten wurde:

Für den Geltungsbereich der B-Plangebiete Nr. 91 A und B, mit Ausnahme der Randgebiete an der Manhagener Allee, wird eine GFZ von 0,4 ohne Anrechnung der Aufenthaltsräume in Nichtvollgeschossen und der Tiefgarage festgesetzt.

Da angesichts der Ausschussberatung am 06.04.2011 Unklarheiten bestehen, einigt man sich darauf, beim eigentlichen Protokoll nichts zu ändern, diese Angelegenheit aber auf die Tagesordnung der BPA-Sitzung am 18.05.2011 zu setzen und damit die Möglichkeit zu schaffen, die Beschlüsse gegebenenfalls aufzuheben und modifiziert neu zu fassen.

Ersatzlos gestrichen wird jedoch die „Anmerkung der Verwaltung“ zur Protokollierung des TOP 4/5, da sich diese mit den Auswirkungen des Tiefgaragen-Bonusses gemäß § 21 a Abs. 5 BauNVO befasst, der nicht Gegenstand der Beschlussfassung war.

Keine weiteren Änderungswünsche. Unter Berücksichtigung vorstehender Ausführungen gilt das Protokoll damit als genehmigt.





5. **Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 93 Ohlendamm, Flurstücke 294 bis 299, 301 und 548 bis 549**  
- **Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 93 und**  
- **Aufstellungsbeschluss für die 42. Änderung des Flächennutzungsplanes**

In der Beratung verdeutlichen die Ausschussmitglieder, dass die von der Wohnungsbaugenossenschaft angedachte Erneuerung und Verdichtung der Mehrfamilienhäuser im Ohlendamm allgemein begrüßt wird. Von der Begrenzung auf das Wohnprojekt durch die Entwicklung eines Vorhaben- und Erschließungsplanes wird abgeraten, da das weitere Wohnumfeld mit in die Planung einbezogen werden sollte: Stell- und Parkplätze, Erhalt der Knicks, Geländeversprung und die Erschließungsstraße. Dabei wurde der Geltungsbereich aus Gründen der Eigentumsverhältnisse und der Minimierung des städtischen Eigenanteils klein gehalten.

Sodann wird der Beschlussvorschlag verlesen und wie folgt hierüber abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** **Alle dafür**

***Anmerkung der Verwaltung:***

*Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren weder Stadtverordnete noch Bürgerliche Ausschussmitglieder von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes ausgeschlossen.*

## 6. **Erhaltungs- und Gestaltungssatzung**

Wie die Verwaltung erinnert, hat die SPD-Fraktion in der BPA-Sitzung am 06.04.2011 im Rahmen der Beratung des Bebauungsplanes Nr. 91 – Teilgebiete A und B – „Hansdorfer Straße“ angeregt, die Bestimmungen der „Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhaltung und Gestaltung für die Ahrensburger Villengebiete“ (vgl. Nr. 52.02 des städtischen Ortsrechts) für den im Blockinnenbereich gelegenen Hugo-Schilling-Weg nicht unmittelbar gelten zu lassen. Die Anregung bezog sich im Wesentlichen auf die Gestaltung der Vorgärten. Man kam überein, dieses Thema im Ausschuss gesondert zu erörtern.

Nachdem Ausschussmitglieder nochmals den Zweck der Erhaltungs- und Gestaltungssatzung dargelegt haben, der ihres Erachtens nicht darin besteht, die Wirkung in Nebenstraßen wie den Kurt-Nonne-Weg im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 77 oder den Hugo-Schilling-Weg im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 91 A explizit zu erhalten, sondern eher die Wirkung in Villenstraßen, wird angeregt, derartige Straßenzüge, ähnlich wie im Quartier Rickmerspark/Christel-Schmidt-Allee geschehen, aus dem Geltungsbereich herauszunehmen.

Wie die Verwaltung betont, ist das Quartier um den Rickmerspark nur in Anbetracht der anderen Realisierungszeit aus dem Geltungsbereich herausgenommen worden. Die Regeln zur Gestaltung der Vorgärten seien allgemein wichtig, um die Privatflächen vom öffentlichen Straßenraum aus einsehbar zu halten; dieses gelte auch für die nun geplante Verlängerung des Hugo-Schilling-Weges.

Abschließend macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass ggf. anhand eines konkreten Antrages das Thema aufgegriffen werden kann.

Klargestellt wird anhand des dem Protokoll beigefügten Geltungsbereiches **(Anlage)**, dass diese Satzung nicht gilt für die heterogene und unter anderen Aspekten bebaute Innenstadt. Ein Ausschussmitglied bittet in diesem Zusammenhang zu prüfen, inwieweit dort die Werbung an Fassaden und in Schaufenstern begrenzt werden kann.

## 7. **Antrag des Seniorenbeirates zur Beschlussvorlage** **AN/026/2011** **"Das Älter werden gestalten"**

Der Antrag ist bereits in der Sitzung des Sozialausschusses am 12.04.2011 ansatzweise beraten worden, wobei man dort überein kam, lediglich den Anstoß zu geben und die Federführung beim BPA zu sehen.

Herr Lorenz erläutert anschließend die Grundzüge des Antrages vom Seniorenbeirat, der mit der generellen Forderung angesichts der demografischen Entwicklung auch in Ahrensburg den Anstoß geben wollte, sich dieses The-

mas anzunehmen. Neben den bundes- und landesrechtlichen Vorschriften sollte die Stadt insbesondere in der Bauleitplanung darauf hinwirken, dass altersgerechte Lebensräume entstehen, etwa in den nun anstehenden größeren Wohnbaugebieten Reeshoop und Erlenhof. Anschließend betonen verschiedene Sitzungsteilnehmer, dass sämtliche in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien und die Stadtverwaltung die Ziele dieses Antrages unterstützen dürften.

Wie die Verwaltung bereits unter TOP 1 betont hat, sollte sich die Betrachtung nicht nur beschränken auf Hochbaumaßnahmen, sondern auch auf die Gestaltung des öffentlichen Straßenraumes, der möglichst barrierefrei angelegt werden sollte. Angedacht wird auf Basis des Berichtes „Das Älter werden gestalten“, der zwar vom Fachdienst Kultur, Senioren und Städtepartnerschaften im März 2008 erstellt, über den allerdings noch nie abgestimmt worden ist, in Form einer Arbeitsgemeinschaft zu diskutieren und verschiedene Aufgabenfelder festzulegen. Als notwendig wird es angesehen, auch den in der heutigen Sitzung nicht vertretenen Behindertenbeirat eng zu beteiligen.

## **8. Planung eines Kinos auf der P + R-Anlage "Alter Lokschuppen"**

**– a b g e s e t z t –**

## **9. Kenntnisnahmen**

### **9.1 Fahrgastzählung auf Stadtbuslinien**

Im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens zum Busnetz Ahrensburg hatte der Verkehrsausschuss (VA) des Kreises im Jahr 2008 insbesondere gebeten, das Wochenendangebot im Stadtverkehr Ahrensburg zu überprüfen. Die bereits 2009 durchgeführte Kompletterhebung der Fahrgäste wurde nunmehr analysiert und ist in der Sitzungsvorlage 2011/1235 des Kreises Stormarn als Grundlage für die VA-Sitzung am 10.05.2011 bewertet worden.

Aufgezeigt wurde für den Kreis ein maximales Einsparpotential von knapp 50.000 €/Jahr, wobei hiermit verbunden wäre

- die Streichung einzelner Busverbindungen, meist in den Morgen- und Abendstunden oder in den Nebenverkehrszeiten des Wochenendes,
- eine Kostenbeteiligung/-übernahme des zu überdenkenden Wochenendverkehrs durch die Stadt Ahrensburg und
- die Einführung kostengünstigerer „Alternativen“ wie der Einstellung der Spätbuslinie 568 einhergehend mit einer abendlichen Ausdehnung der Fahrten auf der Linie 569 ins Stadtteil Gartenholz.

Hinterfragt werden vom Kreis insbesondere die Fahrten, die eine maximale Besetzung unter fünf Fahrgästen aufweisen und damit nicht mehr zum sogenannten Grundangebot zählen.

Andererseits stimmt die Ausdünnung des Angebotes nicht überein mit den allgemein anerkannten Zielen der ÖPNV-Förderung und des in Aufstellung befindlichen Regionalen Nahverkehrsplanes (RNVP), mit dem sich der VA ebenfalls befasst.

Daneben verdeutlicht die Fahrgastzählung aber auch, dass die von der Stadt finanzierte Bedienung auf dem nordwestlichen Strang der Linie 569 (zwischen U-Bahnhof Ahrensburg West und Schulzentrum Am Heimgarten) samstags in den Abendstunden und sonntags vor dem Hintergrund der geringen Nachfrage neu diskutiert werden muss.

Die Verwaltung beabsichtigt im Mai/Juni 2011 eine städtische Stellungnahme in Form einer Vorlage zu erarbeiten und im BPA vorzubereiten, damit ein Verhandlungsrahmen für die nach der Vorlage des Kreises angestrebten Abstimmungsgespräche gesetzt wird; an eine Umsetzung ist zum nächsten Fahrplanwechsel im Dezember 2011 gedacht.

## **9.2 Bypass Hamburger Straße/Manfred-Samusch-Straße**

Verwiesen wird auf die nichtöffentliche Vorlagen Nr. 2011/050 zu einem möglichen Erwerb eines Geh-, Fahr- und Leitungsrechtes mit dem Ziel, die Voraussetzung zu schaffen, um unter Einbeziehung eines ergänzenden noch im Privateigentum befindlichen Streifens die im B-Plan Nr. 51 – 4. Änderung – vorgesehene öffentliche Fahrtrasse zwischen Manfred-Samusch-Straße und Hamburger Straße zu verwirklichen. Eine Beratung ist in der Sitzung des Finanzausschusses am 24.05.2011 vorgesehen.

Zur Erinnerung sei nachstehend nochmals die Funktion dieser Trasse nach der Bauleit- und Verkehrsplanung dargestellt:

Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 51 verfolgt als planerisches Ziel die Schaffung einer geschlossenen Blockrandbebauung von der Hamburger Straße entlang über die Straße An der Reitbahn und der Manfred-Samusch-Straße, wobei der Ruhende Verkehr ausschließlich in einem neu zu errichtenden Parkhaus und in neuen Tiefgaragen untergebracht werden soll.

Es war bei der Planung vorgesehen –und ist heute auch realisiert–, dass die Hamburger Straße ab der Straße An der Reitbahn in nördlicher Richtung als Einbahnstraße geführt wird. Gleichzeitig sollte es nicht mehr möglich sein, von der Straße An der Reitbahn nach links in die Hamburger Straße abzubiegen.

Im B-Plan-Entwurf von 2004 ist eine Fläche zwischen der Manfred-Samusch-Straße als „Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung“ festgesetzt. Es war und ist vorgesehen, die aus der nordwestlichen Stadt kommenden Kfz-Verkehre von der Manfred-Samusch-Straße über eine Abbiegerspur und den geplanten Bypass so die Zufahrt in die Hamburger Straße zu ermöglichen, der heute wegen der Verkehrsabwicklung am AOK-Knoten nicht mehr über die Straße An der Reitbahn stattfinden kann.

### 9.3 **Konzeption in der Klaus-Groth-Straße** **- Vergabe der öffentlichen Flächen im Rahmen der Sondernutzung -**

Die Vergabe der neu gestalteten Flächen sollte in Kürze erfolgen, auch wenn die Abnahme des Straßenbaus erst Mitte Mai 2011 durchgeführt wird.

Bisher wurde diese Fläche dem CCA vorbehalten, der angedacht hatte, diese Fläche attraktiv zu möblieren und für die eigene Gastronomie zu nutzen. Trotz mehrerer Aufforderungen einen Betreiber zu nennen und eine Beschreibung über die Nutzung abzugeben, sah sich das CCA nicht in der Lage ein Konzept aufzuzeigen, da noch kein konkreter Betreiber feststeht.

Das CCA hat um Verlängerung der Abgabe eines Sondernutzungsantrages per Mail vom 18.04.2011 um weitere 3 Wochen – also bis zum 10.05.2011 – gebeten.

Sollte der Bauverwaltung bis dahin kein Nutzer vorliegen, wird die Fläche anderen interessierten Antragstellern angeboten, um den Platz stadtplanerisch zu beleben.

Einzelne Ausschussmitglieder machen deutlich, dass sie eine rechtzeitige Abstimmung des Konzeptes erwartet hätten.

### 9.4 **Überprüfung der Bäume am Peter-Rantzau-Haus (Shoefiti)**

Wie ein Ausschussmitglied in der BPA-Sitzung am 06.04.2011 (vgl. BPA-Protokoll Nr. 06/2011; TOP 12.3) anmerkte, befinden sich seit geraumer Zeit eine Vielzahl an Schuhen in den Bäumen am Peter-Rantzau-Haus. Die Verwaltung wurde gebeten zu prüfen, ob es sich hierbei um Kunst handelt oder aus welchen Gründen **die Schuhe in den Bäume hängen**.

Hierzu liegen inzwischen von den Fachdiensten IV.2/Stadtplanung, Umwelt und III.3/Jugendpflege Stellungnahmen vor, die nachstehend abgedruckt sind, aber dem federführend zuständigen Umweltausschuss zur weiteren Beratung zugeleitet werden:

#### 1. **Stellungnahme IV.2**

Das Phänomen von in Bäumen oder Leitungen hängenden Schuhpaaren wird als Shoefiti bezeichnet. Der Begriff ist zusammengesetzt aus den Worten Shoe (Schuh) und Graffiti (Zeichen im öffentlichen Raum) und wurde im Jahre 2005 geprägt.

Das Shoefiti stammt aus den USA. Es sind verschiedene Theorien über den Ursprung und die Bedeutung des Shoefiti im Umlauf. Eine der Theorien besagt, dass in New York in den 90er-Jahren das Shoefiti entwickelt wurde, um Territorien von Gangs zu markieren. Die Zero-Tolerance-Politik des New Yorker Bürgermeisters hatte zu drastischen Strafen für das Anbringen normaler Graffiti geführt und die Gangs gingen dazu über, ihr gangtypisches Schuhmodell zur Kennzeichnung ihrer Blocks zu nutzen.

Noch heute steht in den USA das Shoefiti im Ruf, auf die Anwesenheit von Crackdealern hinzuweisen.

Das Shoefiti ist eine weitere Ausdrucksform der amerikanischen Großstadt-Subkultur, wie Graffiti, Breakdance, Rap und Hip Hop, das international seine Nachahmer gefunden hat. Shoefiti hat durch seine Herkunft einen starken Bezug zum Thema Skaten und findet sich daher in Ahrensburg in der Nachbarschaft der beiden Skateanlagen.

Weitere Informationen sind zu finden auf der homepage: <http://www.shoefiti.com>

Die in Ahrensburg in den Bäumen hängenden Schuhe haben ein gewisses Gefährdungspotenzial, da sie natürlich irgendwann einmal altersbedingt auch herabfallen könnten. Die Verursacher sind kaum zu ermitteln und werden in Ahrensburg bisher auch nicht verfolgt. Eine generelle Unterbindung des Shoefiti wird von hier aus nicht befürwortet, da es sich um eine Ausdrucksform der Identifikation der Jugendlichen mit „ihrem“ Ort handelt. Sie wird auch kaum durchsetzbar sein, da der Reiz des Anbringens ja im Besonderen aus seiner Illegalität und subkulturellen Herkunft herrührt.

Bei baumschädigenden Ausmaßen, d. h. zu hohem Gewicht der Schuhe an nicht ausreichend tragfähigen Ästen, sollten die Schuhe entfernt werden. Dies ist bei der Spielplatzkontrolle mit zu beachten.

## **2. Stellungnahme III.3**

Das Aufhängen von Schuhen in Bäumen und hoch hängenden Leitungen ist nach meiner Internetrecherche ein weltweites Phänomen. Ein direkter Sinn oder eine Aussage lässt sich damit nicht eindeutig verbinden. Am ehesten ist dieses Phänomen ein Ausdruck, ein Revier zu markieren und Spuren zu hinterlassen. Es verleiht dem Wunsch Ausdruck, etwas Eigenes, Persönliches in der Welt zurückzulassen.

In Anlehnung an die Bezeichnung „Graffiti“ wird das Hochwerfen von Schuhen im Englischen auch als „Shoefiti“ bezeichnet.

Ich rate davon ab, die Schuhe bei der Skateanlage aus den Bäumen entfernen zu lassen. Es stellt keine Gefährdung dar und der ästhetische Nachteil, den einige sehen, wird aufgewogen durch die Akzeptanz vieler Jugendlicher (und Erwachsener) für dies Phänomen. Ein

Abhängen der Schuhe würde womöglich dies Verhalten in andere Gebiete der Stadt verdrängen. Die verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit, die ein Abhängen bedeuten würde, hätte meines Erachtens die gegenteilige Wirkung.

## **9.5 Beteiligungsverfahren am 3. Regionalen Nahverkehrsplan des Kreises Stormarn 2011 bis 2015**

Auf Basis der Vorlagen-Nr. 2011/032 hatte der BPA in seiner Sitzung am 02.03.2011 einer ausführlichen Stellungnahme gegenüber dem Kreis Stormarn zugestimmt. Mit diesen kommunalen Hinweisen befasst sich der Verkehrsausschuss des Kreises Stormarn am 10.05.2011. **Wie erwartet** wird in der Vorlagen-Nr. 2011/1231 **empfohlen, die Anregungen nur zum Teil im RNVP zu berücksichtigen**. Vorab erwähnenswert sind folgende 3 Stellungnahmen des Kreises:

### **1. Bahnstationen U 1**

Schaffung barrierefreier Zugänge an den beiden U-Bahnstationen mit Finanzierung durch Hamburg, GVFG-Schleswig-Holstein, Stadt und Kreis.

Aus finanzieller Sicht ist dies **zurzeit beim Kreis nicht darstellbar** und vorgesehen.

### **2. Weiterentwicklung Stadtverkehr**

Verlagerung des ZOB bzw. der **Rendezvous-Haltestelle in Stadtzentrum**.

**Aus Sicht des HVV und des Kreises nicht sinnvoll umsetzbar.**

### **3. Weiterentwicklung Stadtverkehr**

Überplanung so zeitnah durchführen, dass Ausschreibung 2013 mit neuem Konzept erfolgen kann.

Eine Anpassung und **Optimierung der Konzeption des Stadtverkehrs zur nächsten Ausschreibung wird mit aufgenommen**.

Einzelne Ausschussmitglieder äußern in Bezug auf die ersten beiden negativen Stellungnahmen ihr Unverständnis.

## **9.6 Leitungsbau 2011 in Ahrensburger Straßen**

Dem BPA-Protokoll wird als **Anlage** beigelegt eine Liste über alle für 2011 absehbaren Leitungen für Frischwasser, Telekommunikation, Gas, Strom und Wärme. Wie der Liste und dem dazugehörigen Plan zu entnehmen ist, haben die Leitungen eine Länge von knapp 20 km.

## **10. Verschiedenes**

### **10.1 Bauprojekt Hamburger Str. 25 - 27**

Wie die Verwaltung auf Nachfrage berichtet, liegt für den 2. Bauabschnitt des Ärztehauses auf dem Eckgrundstück Hamburger Str. 25 – 27 noch kein Bauantrag vor. Dieser ist nach den Gesprächen mit dem Projektverantwortlichen jedoch in Kürze zu erwarten.

Auf Nachfrage von Ausschussmitgliedern und in Bezug auf die kürzlich in der Presse erschienenen Ansichten mit der Ausbildung der Gebäudefront zum AOK-Knoten bestätigt die Verwaltung, dass der Bauantrag im Ausschuss noch vorgestellt wird.

### **10.2 Baumaßnahme Parkallee 67**

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf die bereits in den BPA-Sitzungen am 08.07.2010 (vgl. Protokoll Nr. 12/2010; TOP 9.2) und 01.09.2010 (vgl. Protokoll Nr. 12/2010; TOP 11.4) thematisierte Bauvoranfrage, wobei der Entwurf zum angedachten Neubau eines Wohnhauses modifiziert werden sollte. Wie die Verwaltung hierzu berichtet, liegt zu diesem Grundstück kein aktualisierter Antrag vor.

### **10.3 Neubau Peter-Rantzau-Haus**

Ein Ausschussmitglied bemängelt beim inzwischen in Betrieb genommenen Neubau des Peter-Rantzau-Hauses in der Manfred-Samusch-Straße zum einen, dass die Fahrradabstellanlagen auf dem Grundstück noch nicht installiert sind und zum anderen, dass die Klingel im Eingangsbereich für die in den Abendstunden in den Sitzungssälen befindlichen Personen nicht hörbar ist.

#### **10.4 Unterhaltung des Auewanderweges**

Der Vertreter des Kinder- und Jugendbeirates macht darauf aufmerksam, dass offensichtlich durch die Überschwemmungen in der regenreichen Zeit der Auewanderweg zwischen An der Eilshorst und Fannyhöh stark ausgewaschen ist und kurzfristig der Unterhaltung bedarf. Die Verwaltung sagt eine Überprüfung und das gegebenenfalls erforderliche Ausbessern des Wanderweges zu.

#### **10.5 Abgrenzung und Baumpflanzung entlang der Bahnstrecke Hamburg - Lübeck**

Ausschussmitglieder erkundigen sich nach den Hintergründen, weshalb an der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck im Bereich Brauner Hirsch aktuell ein Zaun gezogen und Bäume gepflanzt werden. Die Verwaltung sagt zu, sich beim Bahnstationsmanagement Lübeck nach den Hintergründen zu erkundigen.

##### ***Anmerkung der Verwaltung:***

*Wie die DB-Station und Service AG in Lübeck nach Rücksprache mit der DB Netz AG mitgeteilt hat, handelt es sich bei dem Setzen des Zaunes und dem Pflanzen der längeren Baumreihe um Maßnahmen, die außerhalb der Bahntrasse liegen und insofern offensichtlich vom Grundeigentümer durchgeführt wurden.*

#### **10.6 Radweg entlang des Ostringes außerhalb der Ortsdurchfahrt**

Nachdem die Verwaltung auf Nachfrage klargestellt hat, dass der Radweg entlang des Ostringes außerhalb der sogenannten Ortsdurchfahrt in der Unterhaltungslast des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein und hier konkret der ausführenden Straßenmeisterei Bargteheide befindet, will sich das Ausschussmitglied wegen der Anregung direkt an die zuständige Stelle wenden.

## **10.7 Sondernutzung des CCA in der Großen Straße**

Im Nachgang zu der bereits unter TOP 9.3 thematisierten Sondernutzung kritisiert ein Ausschussmitglied die Art und Weise der Sondernutzung durch die Geschäfte des CCA in der Großen Straße. Die Verwaltung wird gebeten, den Aufbau von Pavillons auf den westlichen Kohschietstraßen zu verhindern bzw. kurzfristig deren Abbau zu fordern. Darüber hinaus sollten die zugelassenen Sonnenschutzanlagen möglichst werbefrei gehalten werden.

## **10.8 Nutzung der östlichen Erschließungsstraße zum Bahnhof Gartenholz**

Angemerkt wird vonseiten des Ausschusses, dass die östliche Erschließungsstraße vom Kornkamp zum Bahnhof Ahrensburg insbesondere in den Abend- und Nachtstunden als Lkw-Parkplatz missbraucht werde mit der Folge, dass die Verkehrsabwicklung einschließlich des Busverkehrs beeinträchtigt wird und die Nutzung mit einer Vermüllung des Umfeldes verbunden ist. Die städtische Verkehrsaufsicht wird aufgefordert, die Nutzung zu überprüfen und ggf. zu verhindern.

## **10.9 Wappen der Partnerstädte beim Ausbau Klaus-Groth-Straße**

Im Hinblick auf die baldige Fertigstellung des Ausbaues in der Klaus-Groth-Straße zwischen Große Straße und Reeshoop erinnert der Ausschussvorsitzende an den beschlossenen Einbau von Wappen der Partnerstädte im Bereich der Platzanlage. Hierzu gibt die Verwaltung folgenden Verfahrensstand zur Kenntnis:

Auf der Grundlage des zur Verfügung stehenden Budgets werden zurzeit mit den entsprechenden Firmen die Abmessungen der Wappen und die Metallsorten (Bronze oder Kupferstahl) zur Herstellung von Stadtwappen abgestimmt. Anschließend muss noch geklärt werden, wie und wer die Stadtwappen digitalisieren kann, damit sie dann in die Metallplatte gefräst werden können. Anfang der kommenden Woche soll ein vorläufiges Angebot zur Herstellung der Wappen vorgelegt werden.

## **10.10 Begrünung des Parkhauses Alte Meierei**

Wie der Ausschussvorsitzende betont, war die Genehmigung zur Errichtung des Parkhauses auf dem Grundstück der Alten Meierei an der Carl-Barckmann-Straße verbunden mit der Auflage, die Fassaden effektiv zu begrünen. Da die Umsetzung dieser Forderung nicht gelungen erscheint, wird die Verwaltung gebeten, eine Stellungnahme zu dem Sachverhalt abzugeben.

## **10.11 Umsetzung der Einzelmaßnahmen für das Radverkehrskonzept**

Vonseiten der Ausschussmitglieder wird bemängelt, dass die Einzelmaßnahmen für das Radverkehrskonzept stets spät beschlossen und dann nur zögerlich und schrittweise umgesetzt werden. Beispielhaft sei erwähnt, dass die in der Vorlagen-Nr. 2010/078 aufgeführten Projekte zwar im Juni 2010 beschlossen jedoch noch nicht abschließend umgesetzt worden seien.

Nachdem man sich ausgetauscht hat zu den Verfahrensabläufen und zur angespannten Personaldecke im Fachdienst IV.3 Straßenwesen sagt die Verwaltung zu, spätestens bis zur nächsten BPA-Sitzung eine schriftliche Stellungnahme hierzu vorzulegen.

Unabhängig hiervon fordert der Ausschussvorsitzende die Verwaltungsleitung auf, auch im laufenden Kalenderjahr die Prioritäten zugunsten der Radverkehrsförderung zu setzen.

gez. Jörg Hansen  
Vorsitzender

gez. Ulrich Kewersun  
Protokollführer